

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 5 (1985)
Heft: 10

Vorwort: Editorial
Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Editorial

Wie die offiziell zur Schau getragene Humanität der Schweiz auf rücksichtsloser Interessenpolitik beruht und immer wieder in schiere Unmenschlichkeit umschlägt, demonstrieren derzeit Ministerin Kopp und ihr EJPD im Umgang mit dem Asylrecht. "Ausschaffungen" von Tamilen, Chilenen oder wie jüngst die Zairer 'Operation schwarzer Herbst', die vor "Zwangsmassnahmen" nicht zurückschrecken sowie aus "generalpräventiven Überlegungen" (NZZ 1.11.85) gerechtfertigt werden, geraten entsprechend zum "Viehtransport". Das Asylrecht soll weiter verschärft werden: durch "Ausschaffungshaft", "Internierung" – zur Behebung der "Vollzugsschwierigkeiten". In verächtlichen Definitionsversuchen werden "echte" und "unechte" Flüchtlinge auseinanderdividiert. Und wenn es in Zukunft gilt, die "Attraktivität" der Schweiz säuberlich zu handhaben, die "normale Ausländerzulassung" für vornehmlich bequeme Leute und betuchte Steuerzahler nicht durch irgendwelche Flüchtlinge aushöhlen zu lassen, dann ist "Härte folglich unvermeidlich". (NZZ 2./3.11. 85) Geschaffen werden Flüchtlinge unterschiedlicher Klassen.

Demgegenüber hat A.J. Seiler auf dem Forum 'Solidarität statt Fremdenhass' eindrücklich zu bedenken gegeben, dass wir alle die Fremden brauchen, "um das Eigene als eigenes zu erfahren", ja mehr noch: "um selber noch eine Heimat zu haben". (WoZ 1.11.85) Mit Recht auch wird mit seiner Feststellung, dass Widerstand gegen solchermassen "rechtsstaatlich" bezeichnete Rückschaffungen "nicht nur eine moralische, sondern eine staatsbürgerliche Pflicht" sei (T.A. 20.11.85), in Privat- und Kirchenasylan ernst gemacht.

Dass das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement das politische Geschäft der fremdenfeindlichen Vigilants und rassistischen 'Nationalen Aktion' mitbetreibt, kommt nicht von ungefähr. Diese Behörden stilisieren ein Asylantenproblem zur nationalen Frage hoch und arbeiten damit den nationalen Rechten in die Hände. Geschwächt wird die Linke: Die von ihren Wohnquartieren wegsanierten und um ihre Arbeitsplätze bangenden Wählerschichten wandern, so in der Westschweiz, von den Sozialdemokraten und Kommunisten ab zu den Vigilants und Grünen. Der dabei geschürte Fremdenhass spaltet zunehmend Schweizer Arbeiter und Ausländer: Als Arbeitskräfte ohne politische Rechte bleiben die Ausländer nach Bedarf ausbeutbar; und als Fremde sind sie, wenn nicht gerade brauchbar, ohnehin 'andere', keine Menschen, ohne Recht auf Menschenwürde. Dieser Klassenrassismus ist es, der die Ausländer auch in der Schweiz zusätzlich diskriminiert. Ein vor allem in den westeuropäischen Ländern aufkommender Rassismus ist nur die extreme Zuspitzung der sich überlagernden Klassenkonflikte und Unterdrückungsformen. Wenn diesen Entwicklungen entgegengesteuert werden soll, so bedarf es der Analysen von Herrschafts- und Klassenverhältnissen, aber auch der Klärungen eigener Positionen in Theorie und Praxis. Dazu erste Beiträge im Themenschwerpunkt: Herrschaft, Klassen und Praxis des Marxismus.

Die Linke tut sich schwer mit einer emanzipatorischen Musikkultur. Das zeigt *Mathias Knauer* am Beispiel des ALR Zürich. Wie und warum die Unabhängigkeit dieses Senders nicht genutzt wird, gegen die kulturindustrielle

musikalische Verelendung anzugehen, macht er minutiös deutlich. Soll mit dem zynischen Umgang in der Musikkultur gebrochen werden, dann wird die Linke auch für die Entwicklung eines kreativen Hörvermögens arbeiten müssen. Knauers Beitrag versteht sich als Anregung zu einer Debatte.

In den bisherigen Diskussionen um die Initiative "Schweiz ohne Armee" hat sich gezeigt, dass auch Teile der Linken aus realpolitischen Erwägungen den herrschenden vaterländischen, militärischen 'Geist' der Schweiz unangestastet lassen wollen. Im Anschluss an A. Gsponer (Rüstungskonversion, Widerspruch 7/84) und J. Tanner (Militärpopulismus & Kriegstechnologie, Widerspruch 9/85) gehen *Andreas Gross* und *Werner Seitz* einigen solchen Reaktionsmustern nach. Sie plädieren für eine neue politische Kultur, in der die Zusammenhänge von friedenspolitischen Fragen und utopischen Funktionen in der Politik das wachsende Zerstörungspotential und das militarisierte Zivilbewusstsein in Frage zu stellen vermögen.

Der Beitrag von R. Binswanger "Engineering of Consent" (Widerspruch 8/84) hat unterschiedlichste Reaktionen ausgelöst. In seiner Replik bezweifelt *Urs Hänsenberger*, dass mit Binswangers theoretischen Fundierungen (Ch omsky/Herman; Trilaterale Kommission) das Modell Schweiz hinreichend analysiert werden kann. Er erschliesst demgegenüber einen staats- und politiktheoretischen Diskussionskontext, der seines Erachtens den Demokratiediskurs aus seiner neoliberalen Artikulation, von der sich teilweise auch die POCH-Dissensstrategie nur schlecht zu unterscheiden vermag, herauslöst, um ihn in einer gegenhegemonialen Strategie zu radikalisieren.

Anton M. Fischer repliziert auf einige Thesen zur Psychokultur (Widerspruch 9/85). Er deckt Lücken auf und geht der Frage nach, warum sich die Linke in ihrer Analyse den neuen Formen der zeitgenössischen Therapie- und Heiltechniken als neuen Religiositäten verschliesst. Er fordert eine linke Ideologiekritik, die sich den metaphysischen und weltanschaulichen Bedürfnissen stellt und die Mechanismen der Therapiepraktiken ernst nimmt.

Unser ausgebauter Teil "Berichte" enthält diesmal Beiträge von *Urs Rauber* über die 3. Diskussionswoche in Salecina zum Thema "Ökologie, Arbeit und Sozialstaat"; von *Nora Räthzel* über den Internationalen Gramsci/Luxemburg-Kongress in Hamburg; von *Elisabeth Ryter* über die 3. Historikerinnentagung; von *Peter Farago/Walter Schöni* über den 7. Schweizer Soziologenkongress, sowie von *Manfred Züfle* über die Zürcher Tagung "Zur Lage der Opposition". Am Schluss wie immer Rezensionen zum Themenschwerpunkt. Auf das Osteuropasymposium (Unabhängige Friedensbewegung und Solidarnosc – Alternativen zur Blockherrschaft?) vom 2./3. November in Bern werden wir im nächsten Heft zurückkommen. Diskussionsansätze zum Thema "Keine Demokratie ohne Sozialismus" sowie zur Analyse der Entwicklung in den sozialistischen Ländern Osteuropas sind in den 2 Dokumentationsbänden der Tagung zu finden (erhältlich bei SOK, Postfach 1089, 3011 Bern).

Der Themenschwerpunkt von Heft 11 wird, in Anknüpfung an Heft 7 (Technologische Gewalt & Krise der Arbeit), das Thema Alternative Wirtschaftspolitik behandeln. Verschieden wirtschaftspolitische Konzepte sollen sowohl auf dem Hintergrund ökonomischer Entwicklungen wie auch im Hinblick auf ihre Verknüpfung mit politischen Strategien diskutiert werden.